

Pöserer Zeitung.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Montage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24 1/2 Sgr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an. Inserate (1 1/2 Sgr. für die viergespaltene Zeile) sind an die Expedition zu richten.

Zur Beachtung.

Die Abfahrtszeit des Breslauer Eisenbahnzuges macht einen früheren Schluß unserer Zeitung erforderlich. Wir sind dadurch außer Stand gesetzt, größere Anzeigen, welche nach 11 Uhr Vormittags abgegeben werden, noch in die Zeitung desselben Tages aufzunehmen. Das betreffende Publikum ersuchen wir ergebenst, hiervon gefälligst Notiz nehmen zu wollen.

Die Zeitungs-Expedition W. Decker & Comp.

Amtliches.

Berlin, 14. Novbr. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Bei der Ober-Rechnungskammer dem Geheimen Rechnungsrath v. Gable den Charakter als Rechnungsrath, und dem Geheimen Kanzleisekretär Uting den Charakter als Kanzleirath, so wie dem Domänenrentmeister Minde zu Ortelburg den Charakter als Domänenrath zu verleihen; auch dem Direktor der Porzellanmanufaktur, Geheimen Regierungsrath Kolbe zu Berlin, die Erlaubniß zur Anlegung des von Ihrer Majestät der Königin von Spanien ihm verliehenen Ritterkreuzes des Ordens Karls III. zu ertheilen.

Der Landgerichtsreferendarius Heinrich Courth zu Düsseldorf ist auf Grund der bestandenen dritten Prüfung zum Advokaten im Bezirke des R. Appellationsgerichtshofes zu Köln ernannt worden.

Der Schulamtskandidat Theodor Hansen ist als ordentlicher Lehrer am Gymnasium zu Weimar angestellt, und der Schulamtskandidat Grant zum ordentlichen Lehrer bei dem Gymnasium zu Neu-Stettin ernannt worden.

Se. K. H. der Prinz Adalbert von Preußen ist gestern von Danzig hier wieder eingetroffen.

Se. K. H. der Prinz Friedrich Karl von Preußen ist gestern von Blankenburg in Potsdam wieder eingetroffen.

Die vorgestern erwähnte, an sämtliche R. Regierungen gerichtete Circularverfügung, betr. die Kontrolle der zum Verkauf gestellten Nahrungsmittel, lautet wie folgt: Nach den Bestimmungen des §. 304 des Strafgesetzbuches vom 14. April 1851 wird das Feilhalten von Lebensmitteln und Getränken, von welchen dem Verkäufer bekannt ist, daß sie mit vergifteten oder der menschlichen Gesundheit gefährlichen Stoffen vermischt sind, mit Zuchthaus von 5 bis zu 15 Jahren oder, wenn in Folge der Handlung ein Mensch das Leben verloren hat, mit dem Tode bestraft. Liegt der Handlung Fahrlässigkeit zum Grunde, so ist auf Gefängniß bis zu 6 Monaten, und wenn in Folge der Handlung ein Mensch das Leben verloren hat, auf Gefängniß bis zu 2 Jahren zu erkennen. Das Feilhalten von Lebensmitteln und Getränken, welche mit fremdartigen, aber nicht der Gesundheit gefährlichen Stoffen vermischt sind, fällt in der Regel unter den Begriff des Betruges (§. 241), und es kann also nach §. 242 und §. 19 neben der Konfiskation der verfälschten Waaren, Gefängnißstrafe bis zu 5 Jahren, Geldbuße bis zu 1000 Thlr. und zeitige Unterjagung der Ausübung der bürgerlichen Ehrenrechte eintreten. Ist endlich die betrügerische Absicht des Kontrahenten nicht zu erweisen und fällt ihm nur Fahrlässigkeit zur Last, so ist doch immer nach §. 345, Nr. 5 und dem Schlusse dieses Paragraphe, neben der Konfiskation der verfälschten Waaren, auf Geldbuße bis zu 50 Thlr. oder Gefängniß bis zu sechs Wochen zu erkennen. Die R. Regierung wird veranlaßt, die sämtlichen Polizeibehörden ihres Verwaltungsbezirks Befuß Instruktion der betreffenden, mit Ausübung der Markt-, so wie der Kriminalpolizei beauftragten Beamten, nach Maßgabe der vorstehenden Bemerkungen auf die Anwendbarkeit der erwähnten gesetzlichen Strafbestimmungen besonders aufmerksam zu machen und dieselben anzuweisen, die Kontrolle der zum Verkauf gestellten Nahrungsmittel auf das Sorgfältigste zu handhaben und mit Entschiedenheit bei vorkommenden Falschungen der letzteren einzuschreiten. Berlin, den 31. August 1856. Der Minister des Innern. Im Auftrage: S u l z e r

Das 58. Stück der Gesefsammlung, welches heute ausgegeben wird, enthält unter Nr. 4548 das Statut des Alten-Rosenburger Reichverbandes, vom 28. August 1856; unter Nr. 4549 den Vertrag zwischen der R. preussischen und der Herzogl. anhalt-besau-söthrischen Regierung wegen Bildung eines Reichverbandes für die Niederung von Alten bis Rosenburg, vom 22. Mai 1856; unter Nr. 4550 den Allerhöchsten Erlaß vom 23. Oktbr. 1856, betr. die Verleihung der Städteordnung für die Rheinprovinz vom 15. Mai 1856 an die Gemeinde Wipperfurth, Regierungsbezirk Köln; und unter Nr. 4551 den Allerhöchsten Erlaß vom 23. Oktbr. 1856, betr. die Verleihung der Städteordnung für die Rheinprovinz vom 15. Mai 1856 an die Gemeinden Süchteln, Kronenberg, Welbert, Wülfrath und Mettmann, Regierungsbezirk Düsseldorf.

Berlin, den 14. November 1856.

Debits-Komtoir der Gesefsammlung.

Telegraphische Depeschen der Pöserer Zeitung.

London, 12. Novbr. Die heutige „Morning Post“ hält es für wahrscheinlich, daß eine russische Garnison Herat besetzen werde, und fordert die Zurückberufung der in persischen Diensten stehenden französischen Offiziere. Sie sagt, Frankreich und England seien bezüglich der Persien gegenüber zu beobachtenden Politik einig, und erachtet eine englische Besitznahme der Insel Karracl für möglich.

Der heutige „Globe“ sagt, sowohl die englische als auch die französische Regierung hätten den bei ihnen attri-

bitirten neapolitanischen Gesandten, Marquis Antonini und Fürsten Carini, ihre Pässe zugesandt, wie dies bei jeder Unterbrechung diplomatischer Beziehungen üblich sei.

Paris, Mittwoch, 12. Novbr. Der heutige „Moniteur“ theilt mit, daß der preussische Gesandte Graf Hatzfeldt am 11. d. die Vermählung der Prinzessin Luise mit dem Großherzog von Baden dem Kaiser notifizirt habe.

(Eingeg. 13. November, 7 Uhr Abends.)

London, 13. Novbr. Die heutige „Morning Post“ enthält mit gesperrter Schrift, daß die Allianz der Westmächte jetzt fester als je sei. Sie werden eine getreue Erfüllung des Friedensvertrages fordern. „Morning Post“ bestätigt, daß die neapolitanischen Gesandten in London und Paris ihre Pässe erhalten.

(Eingeg. 14. November, 9 Uhr Vormittags.)

Kopenhagen, 11. Novbr. Der Erbprinz übernimmt mit dem 13. d. Mts. das erste Generalkommando. Sein Stabschef ist Major Faaborg.

Kairo, 1. Novbr. Ein Theil der wissenschaftlichen Expedition nach den Quellen des weißen Nil ist bereits abgegangen; der Rest soll in einigen Tagen folgen. Die Regierung trifft auf ihre Kosten Vorbereitungen zur Anschaffung aller für diese Forscher nöthigen Objekte. (S. C.)

Deutschland.

Preußen. AD Berlin, 13. November. [Die Lage der entente cordiale; Dänemark und die Herzogthümer; der Bundesbeschluß wegen Neuenburg.] Die heute in Privatkorrespondenzen hier eingehenden Nachrichten aus Paris enthalten schon manche Andeutungen über die Entwicklung der nächsten Zukunft. Es scheint, daß die Neubefestigung des englisch-französischen Bündnisses zu Stande kommen wird, ohne das Portefeuille des Grafen Walowski als Sühnopfer zu verlangen. Uebrigens ist auch wohl zu beachten, daß unter den jetzigen Verhältnissen die auswärtige Politik Frankreichs nicht das Werk eines Ministers ist, sondern ausschließlich von dem Willen des Kaisers geleitet wird. Daher läßt sich auch eine Modifikation des politischen Programms nur auf eine Sinnesänderung des Herrschers selbst zurückführen, ohne daß eine spezielle Persönlichkeit im Ministerium damit in positive oder negative Verbindung zu bringen wäre. Indes würde das Verbleiben des Grafen Walowski im auswärtigen Departement wohl dafür sprechen, daß Kaiser Napoleon, trotz einiger augenblicklicher Zugeständnisse an den britischen Bundesgenossen, nicht gewillt ist, sein allgemeines politisches System aufzugeben, welches den Frieden und das Gleichgewicht Europas zu erhalten strebt. Die Frage, wem Volgrad und die Schlangensinsel in Zukunft gehören sollen, ist für Europa von unendlich geringerer Wichtigkeit, als die Hoffnung, den Frieden durch die Zurückberufung der österreichischen Truppen und der englischen Schiffe endlich zur vollen Geltung kommen zu sehen. Es ist daher leicht möglich, daß Frankreich sich in Sachen Volgrads und der Schlangensinsel auf Englands Seite stellt, um endlich jenes allgemein erwünschte Ergebnis herbeizuführen. Neuerdings taucht auch wieder die Erwartung auf, daß durch diese Zugeständnisse des Tuilerienkabinetts Lord Palmerston veranlaßt werden wird, seinen Widerspruch gegen den Zusammentritt eines neuen Kongresses aufzugeben. Es versteht sich von selbst, daß ein solcher Kongreß, um in europäischen Angelegenheiten mit voller Autorität entscheiden zu können, wiederum mindestens die Vertreter aller fünf Großmächte vereinigen würde. — Vor Kurzem habe ich Ihnen mitgetheilt, daß sowohl von Wien, als von Berlin aus Noten nach Kopenhagen gerichtet worden sind, welche das dänische Kabinet mit sehr ungewichtigen Worten davon in Kenntniß setzen, daß die deutschen Großmächte einmüthig die durch Hrn. v. Bülow überbrachten Eröffnungen durchaus unbefriedigend finden und eine Dazwischenkunft des deutschen Bundes für unvermeidlich halten, wenn Dänemark den Rechten der Herzogthümer die gebührende Genugthuung nicht zu Theil werden läßt. Der Antrag der deutschen Regierungen geht im Besonderen darauf hin, daß die Gesamtstaatsverfassung und die Verordnung über die vor das Forum des Reichsrathes gehörenden allgemeinen Angelegenheiten der Gesamtmonarchie, in Gemäßheit der früheren grundgesetzlichen Bestimmungen, den Provinzialständen der Herzogthümer zur Begutachtung vorgelegt werden, ehe sie bindende Kraft für die letzteren erlangen. — Der Beschluß der deutschen Bundesversammlung in der Neuenburger Angelegenheit scheint nicht ohne Wirkung bleiben zu wollen. Die Abfertigung des General Dufour nach Paris beweist, daß die Schweiz den Ernst der preussischen Schritte zu begreifen beginnt und sich durch die Vermittelung der übrigen europäischen Großmächte zu schützen sucht. Glücklicherweise sind dieselben durch feierliche Verpflichtungen an die Sache Preußens gebunden. Der Schweizer Radikalismus wird daher von seiner hochmüthigen Stellung herabsteigen müssen, wenn er nicht mit preussischen Bayonetten in unangenehme Berührung zu kommen wünscht.

(Berlin, 13. Novbr. [Vom Hofe; Pfarrewahl; zum Armenwesen; der Friedrichshain.] Se. Maj. der König arbei-

nete heute Vormittag mit dem Kriegsminister, Grafen v. Waldersee, der um 10 Uhr, von den Generalen v. Neumann und v. Schöler begleitet, nach Potsdam gefahren war, und empfing später den General Grafen v. d. Gröben. Abends nahm Allerhöchstdieselbe den Vortrag des Ministerpräsidenten entgegen. Zur Feier des Namensfestes der Königin werden viele hohe Gäste am Hofe erwartet; der Herzog von Braunschweig, die Schweriner Herrschaften treffen am 18. d. M. hier ein. Der Prinz und die Prinzessin von Preußen kommen zu Neujahr von Koblenz nach Berlin. Das Fest des 50jährigen Dienstjubiläums des Prinzen von Preußen soll alsdann überaus solenn gefeiert werden. Zu diesen Festlichkeiten werden auch der Großherzog und die Großherzogin von Baden an den Hof kommen. — Um dieselbe Zeit werden auch die fünf Paare getraut werden, welche zu ihrer Ausstattung von der Louise-Friedrichs-Stiftung 100 Thlr. erhalten. Der Berechtigungschein ist ihnen bereits zugegangen, und das Kapital erhalten sie, sobald die Rekapulationscheine vorgelegt haben. — Die Stelle eines geistlichen Mitgliedes der Armendirektion, welche früher der verewigte Prediger Blau inne hatte, ist jetzt dem Prediger Bischoff übertragen, und derselbe gestern von dem Vorsitzenden, Bürgermeister Rauhn, eingeführt worden. Ueber die Wiederbesetzung der durch Blau's Tod erledigten Pfarstelle an der St. Petrikirche wird morgen eine Vorberatung stattfinden. Die Zahl der Kandidaten ist groß und berühmte Kanzelredner darunter. Fällt auf einen derselben die Wahl, so bleibt Prediger Wetling der dritte Geistliche oder Diakonus und der neue wird sofort Archidiaconus. — Am 1. eines jeden Monats steht man die Armen unserer Stadt von Baden zu Baden ziehen und dort Almosen in Empfang nehmen. Auch das Handlungshaus Gelpcke hat bisher in dieser Weise seine Unterstützung gezeigt, will indes diese Hausbetheile jetzt abgeben wissen und als Ablösung fortan monatlich der Armendirektion 10 Thlr. zahlen. Es wäre gewiß wünschenswerth, wenn dieser Schritt Nachahmung fände, denn alsdann hörte die Straßenbettelei auf und die Armendirektion erhalte Mittel, wirksame Hilfe da einzutreten zu lassen, wo sie noth thut. — Vor Kurzer Zeit war in einigen Zeitungen zu lesen, daß die Begräbnisstätte im Friedrichshain, die ohnlängst abgeschlossen ist, so daß ihr Niemand mehr nahen kann, jetzt ganz entfernt werden solle, indem man die Särge auf die Kirchhöfe verlegen wolle. Diese Nachricht wurde zwar später widerrufen, aber nicht von amtlicher Seite; es dürfte daher Grund zu der Annahme vorhanden sein, daß dieser Plan demnach zur Ausführung käme. Es ist nicht zu verkennen, daß die Behörden mit allem Ernste dahin wirken müssen, daß der Friedrichshain, auf dem jene Todten ruhen, nicht zur Anregung der Leidenschaften benutzt werde; deshalb ist er auch bis jetzt schon abgeschlossen gewesen. Diese Maßregel hat aber Viele verlegt, deren Angehörige dort ruhen und deren Grabstätten sie aus Furcht gem besuchen möchten; denn nicht Alle, die dort ruhen, sind Märtyrden gewesen, Viele haben in dem Straßenkampf ihren Tod gefunden.

[Einberufung des Landtags.] Durch Allerhöchste Verordnung vom 11. Novbr. d. J. werden beide Häuser des Landtags der Monarchie (unsere Berliner ADKorr. hat das schon unter dem 12. d. M. mitgetheilt; d. R.), das Herrenhaus und das Haus der Abgeordneten, auf den 29. Novbr. d. J. in Berlin zusammenberufen. (P. C.)

[Aus dem Entwurfe des neuen Handelsgesetzbuches.] geben wir noch einige Mittheilungen von allgemeinerem Interesse. Eine besonders vollständige und fleißige Ausarbeitung soll das Versicherungswesen gefunden haben. Unter den neuen Bestimmungen dieser Materie hebt die „Bresl. Zig.“ folgende als die wichtigsten hervor: „Die ausdrücklich dem Versicherten auferlegte Verpflichtung, alle Sorgfalt auf die Rettung des versicherten Gegenstandes zu verwenden; die Bestimmung, daß, wenn während des Laufes der Versicherung das Eigenthum des versicherten Gegenstandes durch Kauf oder in anderer Weise auf einen neuen Besitzer übergeht, auf denselben gleichzeitig mit der Gefahr auch die Versicherung übergeht, ohne daß es einer besonderen Uebertragung oder auch nur Einhandigung der Police bedarf, und daß die Versicherung für den ursprünglichen Versicherer nur dann fortläuft, wenn der neue Eigenthümer sich weigert, in dieselbe zu treten, und für diesen Fall auch nur in so weit, als Erstere noch bei dem Versicherungsgegenstande, und namentlich bei der Zahlung des Preises, theilhaftig bleibt; endlich die Bestimmung, daß bei Versicherungen von Gebäuden gegen Feuersgefahr die Versicherungssumme zur Wiederherstellung des versicherten Gebäudes verwendet werden müsse. Um die Ausführung dieser letzten Bestimmung zu sichern, soll eine ihr entgegenstehende Verabredung im Versicherungsvertrage diesen letzteren nichtig machen; der Versicherer soll verlangen können, daß die Verwendung binnen einer nöthigenfalls vom Richter zu bestimmenden Frist geschehe, und der Versicherte soll nach Umständen angehalten werden, dafür genügende Sicherheit zu leisten. Der Grund für diese Bestimmung dürfte nicht nur darin liegen, der Verführung zur Brandstiftung vorzubeugen, welche in dem Besitze eines unbrauchbar gewordenen Gebäudes, ein Fall, der namentlich durch Dismembrationen ländlicher Grundstücke häufig herbeigeführt wird, liegt, sondern hauptsächlich auch in der Absicht, die hypothekarischen Gläubiger des versicherten Gebäudes gegen anderweitige Dispositionen des Versicherten über die Vergütungssumme sicher zu stellen.“

[Der Sundzoll.] Es sollen hinsichtlich der Sundzoll-Unterhandlungen Bestimmungen getroffen werden, daß Dänemark nicht nach Abschaffung des Sundzollens noch Ansprüche auf Zahlung wegen der Leuchtfeuer erheben könne. Diese Besorgniß wurde in neuerer Zeit namentlich wieder rege durch die wenig bekannt gewordene dänische Verordnung vom 1. August d. J., nach welcher der eigentlich in Lönningen (Westküste Schlesiens) zu erhebende Zoll für die Leuchtfeuer von den Schiffen in Felsingbr entrichtet werden muß, auch wenn sie den Leuchthurm nicht einmal gesehen haben und in keinen der westlichen Häfen eingelaufen sind.

verbindungen zuzuschreiben. Diese Maafregel war nur die unvermeidliche Folge der vorangegangenen Erzeffe; es liegt aber in der Natur der Sache, daß die Erzeffe selbst eher einen abschreckenden Einfluß ausgeübt haben, als das Bestreben der Behörde, Zucht und Ordnung wieder herzustellen. Eine kräftige und konsequente Handhabung der Disziplin, welche den Sinn für Ordnung und Geseß stets neu zu beleben weiß, ist eines der wirksamsten Mittel, einer Hochschule allgemeines Vertrauen zu erwerben, und somit auch die Frequenz auf dauerhafte Weise zu sichern. (R. 3.)

Hessen. Kassel, 11. Novbr. [Kammersitzung.] Die heutige öffentliche Sitzung der ersten Kammer wandte sich nach der Verlesung des Protokolls alsbald zum Hauptgegenstand der Tagesordnung, der Berathung des Ausschusses über die Verfassungsurkunde, gelangte aber sofort zu einem unerwartet frühen Schluß durch die Erklärung des Regierungskommissars, daß er der Kammer eine Regierungsvorlage mitzutheilen habe und unter Berufung auf §. 17 der Geschäftsordnung um eine geheime Sitzung bitten wolle: ein Begehren, dem sich der Präsident nicht ohne inneres Widerstreben, wie es schien, fügte. Außerem Vernehmen nach enthält die erwähnte Regierungsvorlage das wiederholte bestimmte Verlangen, die Verfassungsangelegenheit in geheimer Sitzung zu verhandeln, und ist dieselbe dem Verfassungsausschuß zur unverzüglichen mündlichen Berichterstattung überwiesen. Zu der von vielen Seiten erwarteten Wiederherstellung der öffentlichen Sitzung kam es heute nicht mehr; indessen kann ich über Verlauf und Ausgang der heutigen Sitzung auf Grund sicherer Mittheilung Folgendes berichten. Nach einer lebhaften Erörterung der angeregten Frage im Ausschuß ist von diesem dahin Bericht erstattet worden, daß er sich nicht veranlaßt finden könne, das Ansuchen der Regierung auf prinzipiellen Ausschluß der Öffentlichkeit für die Berathung der Verfassungsangelegenheit zu unterstützen; und dieser Auffassung ist sodann auch die Kammer nach längerer Diskussion beigetreten, indem sie mit weit überwiegender Majorität den Beschluß gefaßt hat, auch die Verfassung regelmäßig in öffentlicher Sitzung zu berathen, mit dem Vorbehalt, bei der Verhandlung einzelner Gegenstände auf den speziell motivirten Wunsch der Regierung vertrauliche Behandlung derselben eintreten zu lassen. Der Präsident hat hierauf die Berathung bis morgen vertagt, wo also nach dem Obigen vorerst öffentliche Sitzung stattfinden wird. Es ist hierdurch eine Vertagung der für morgen bestimmten Sitzung zweiter Kammer nothwendig geworden, die ebenfalls die Berathung des Verfassungsberichts auf die Tagesordnung gesetzt hatte. (R. 3.)

Sachsen. Kiel, 11. Novbr. [Rückertatung d. Ordens.] Als Herzog Karl von Glücksburg und dessen Bruder Prinz Friedrich sich bei der Erhebung von 1848 betheiligten, wurden ihnen ihre Orden genommen und bisher nicht zurückgegeben, obwohl sie bekanntlich amnestirt sind und ein freundliches Verhältniß zum Könige schon wieder hergestellt war. Jetzt hat Sr. Maj. von dem Geburtsstage der Erbprinzessin Karoline, Schwägerin des Herzogs, am 28. v. M., Veranlassung genommen, an Beide huldvolle Handschreiben zu richten und ihnen zugleich ihre Orden wieder zurückzugeben. Man wird wohl nicht fehlgreifen, wenn man hierin nicht bloß einen Beweis persönlicher Huld und Gnade von Seiten Sr. Maj., sondern auch eine weitere Fortführung des von dem Conseilpräsidenten bei Rekonstruktion des gegenwärtigen Ministeriums aufgestellten Programms erblickt, in welchem Wiederannäherung an die in Folge eines gewissen Einflusses übel behandelten Prinzen des k. Hauses einen Hauptpunkt bildet; daß der Erbprinz Ferdinand das ihm genommene Generalkommando demnächst ebenfalls wieder erhalten wird, darf nicht bezweifelt werden (s. ob. telegr. Dep.).

Rassau. Wiesbaden, 9. Novbr. [Geistliche Penitenz.] Wie das Mainz Journal vernimmt, hat sich in Bezug auf die Wahl des Defans Petmech zum Domherrn in Limburg und Stadtpfarrer von Eitville eine Differenz zwischen dem Domkapitel und der Regierung ergeben, und es entbehrt die Nachricht, daß die fragliche Wahl die landesherrliche Bestätigung erhalten habe, bis jetzt der Begründung. Das Domkapitel hat sich nämlich, in Gemäßheit der von den Bischöfen der oberheinischen Kirchenprovinz in ihren Denkschriften motivirten Reklamation einer strikten Beobachtung der in der Bulle Ad Dominici gregis custodiam Betreffs der Befegung der Domherrenstellen enthaltenen Bestimmungen, entschieden geweigert, in Anwesenheit eines landesherrlichen Kommissarius die Wahl vorzunehmen und deren Bestätigung irgendwo anders als beim Bischof nachzusuchen. In Folge dessen hat der landesherrliche Kommissarius gegen die stattgehabte Designation der vier Kandidaten für die erledigte Stelle, so wie gegen die Vornahme der Wahl protestirt, welche aber das Domkapitel unter Zurückweisung der Protestation dennoch alsbald vollzog, indem es unter den zwei auf der Kandidatenliste verbliebenen Geistlichen den Defan Petmech einstimmig wählte.

Großbritannien und Irland.

London, 10. Novbr. [Sklaverei und Baumwolle.] Die „Times“ faßt die Frage der Baumwollkultur in Westafrika im Zusammenhange mit der Sklavenhandelsfrage auf, und spricht die Ansicht aus, daß nichts mehr dazu beitragen werde, dem letzterwähnten scheußlichen Gewerbe ein Ende zu machen, als das Aufblühen des Ackerbaues, und zwar speziell des Baumwollbaues in jenen Gegenden, da nach dem Urtheil bedeutender Autoritäten der Sklavenhandel gerade darin seinen Hauptgrund habe, daß es in Westafrika kaum einen anderen Gegenstand des Handels gebe. Nach der Baumwolle hofft die „Times“ auch vom Palmöl viel für die Fortschritte der Civilisation.

London, 11. Novbr. [Lordmayor-Inauguration; Pension.] Gestern fand unter den herkömmlichen Cerimonien die feierliche Inauguration des neuen Lordmayors von London, Alderman Thomas Duffell Finnis, statt. Am Abend gaben der neue Würdenträger und die Gheriffen in der Guildhall ein glänzendes Festmahl, welchem u. A. der Herzog von Cambridge, der vorige Lordmayor, der Lordkanzler, Lord Palmerston, Lord Panmure, der Schatzkanzler, der peruanische Gesandte, der brasilianische Gesandte, der Gesandte von Haiti, der mexikanische Geschäftsträger, General Williams, der Earl von Harrowby, Sir Benjamin Hall und Sergeant Shee beiwohnten. Unter den Reden, welche gehalten wurden, thun wir jener Lord Palmerston's Erwähnung. Auf den Krieg mit Rußland Bezug nehmend, hob der Premier die patriotische Begeisterung des englischen Volkes hervor, so wie die gewaltigen Hilfsmittel (Heer und Flotte), welche ihm zu Gebote standen, und fuhr dann fort: „Zu Anfang dieses Jahres war alle Aussicht darauf vorhanden, daß, wenn der Krieg fortgedauert hätte, wir auch in Zukunft mindestens eben so große Erfolge errungen haben würden, wie die, welche die Heere der Verbündeten bereits gekrönt hatten. Als wir aber fanden, daß wir auf dem Wege der Unterhandlungen Friedensbedingungen erwirken konnten, die geeignet waren, unseren gerechten Forderungen zu genügen und für die Zukunft den Frieden und die Unabhängigkeit Europa's zu sichern, da hielten wir es für unsere Pflicht, das Schwert in die Scheide zu stecken

und in Gemeinschaft mit unseren Bundesgenossen den Feindseligkeiten ein Ende zu machen, welche damals noch im Gange waren. Wir waren überzeugt, daß das englische Volk gern den Ausblick auf zukünftigen Kriegesruhm zu Wasser und zu Lande entsagen werde, wenn es eine Bürgschaft dafür habe, daß die Zwecke des Krieges der Hauptsache nach erfüllt seien. Es kommt nun darauf an, daß die Friedensbedingungen genau ausgeführt und in ehrenhafter Weise beobachtet werden. Geschieht dieses, so hoffe ich, daß der Friede Europa's auf einer sicheren und dauerhaften Grundlage ruhen wird.“ — Die Königin hat auf die Empfehlung Lord Palmerston's hin der 33jährigen Mutter des Lieutenant Waghorn, des Schöpfers der asiatischen Ueberlandpost, eine Pension von jährlich 50 Pf. St. verliehen.

Frankreich.

Paris, 11. Novbr. [Die Räumung des türkischen Gebiets und die Unabhängigkeit der Pforte.] Das Journal des Débats beschäftigt sich mit dem Termin der Räumung des türkischen Gebiets und referirt dabei auf die Sitzung des Pariser Kongresses vom 4. April. Damals erklärten alle Bevollmächtigte, die Räumung werde so schnell als möglich stattfinden, und besonders fügte Graf Buol hinzu, daß die österreichischen Truppen noch weit eher die Fürstenthümer geräumt haben würden, als die kriegführenden Mächte das türkische Gebiet. Man kam überein, die Rückzugsbewegung solle gleich nach Auswechslung der Ratifikationen beginnen; England, Frankreich und Sardinien wurden 6 Monate als höchste Frist bewilligt. Rußland erklärte, daß die Räumung von Kars gleichfalls in 6 Monaten vollendet sein werde. Diese Frist von 6 Monaten war eine Gunst, welche Oestreich für sich zurückwies, weil es derselben nicht bedurfte. Man konnte damals nicht erwarten, daß es später ein Recht daraus herleiten würde. — Die „Assemblée nationale“ bespricht die Frage, was der Krieg aus der Unabhängigkeit der Türkei gemacht habe und derentwillen er geführt wurde. „Rußland“, sagt sie, ist über die Donau zurückgeworfen, es hat keine Flotte mehr im Schwarzen Meere, es bedroht Konstantinopel von keiner Seite mehr. Aber Oestreich hat seinerseits in der Besetzung der Fürstenthümer eine materielle Bürgschaft für seinen Einfluß gefunden; England läßt eine Flotte im Bosporus überwintern, und die Gesandten beider Mächte diktierten dem Sultan Geseße bis in seinen Palaß hinein. So steht's jetzt mit der Unabhängigkeit und der Integrität des türkischen Reiches. Für ein solches Resultat hat doch Frankreich nicht 300,000 Mann in den Orient geschickt und fast 2 Milliarden ausgegeben! Uebrigens, meint die „Ass. nat.“, sei sie weit entfernt, die Parthe Frankreichs für verloren anzusehen.“

Paris, 13. Nov. [Die Audienz des russ. Gesandten.] Zur Vervollständigung unserer gestrigen Pariser Depesche über diesen Gegenstand theilen wir das Nachstehende mit: Der heutige „Moniteur“ meldet: daß gestern der offizielle Empfang des russischen Bevollmächtigten in den Tuilerien stattgehabt habe. In seiner Anrede äußerte Herr v. Kisseleff unter Anderem, daß er glücklich sein würde, dazu beitragen zu können, die Einigkeit zwischen Frankreich und Rußland zu befestigen, wodurch dem allgemeinen Frieden eine der dauerndsten Garantien gesichert sein werde. In der Antwort des Kaisers hieß es ungefähr: Seit dem Friedensvertrage habe er, ohne die alten Bündnisse zu schwächen, mit beständiger Sorgfalt (solicitude) alles Das, was die strenge Ausführung gewisser Bedingungen hart erscheinen lassen könnte, durch gutes Vernehmen (bons procédés) zu mildern gesucht. Mit Vergnügen habe der Kaiser erfahren, daß sein außerordentlicher Gesandter in Petersburg, von diesen Gefühlen befeelt, sich das Wohlwollen des Kaisers Alexander erworben habe. Dieselbe Aufnahme erwarte hier den Herrn v. Kisseleff, weil er, abgesehen von seinen Verdiensten, einen Souverän präsentire, welcher auf so edle Weise traurigen Erinnerungen, die der Krieg zu oft hinterläßt, Stillschweigen auferlege, um allein an die Vortheile eines durch gegenseitige freundschaftliche Beziehungen befestigten Friedens zu denken.

[Der Kaiser.] Nach der „Indep. Belge“ hätte der Kaiser beschlossen, Angesichts der beunruhigenden inneren Zustände Frankreichs, die Jagden in Fontainebleau aufzugeben, da eine Verlängerung seiner Abwesenheit von Paris nicht räthlich erschiene.

Belgien.

Brüssel, 11. Novbr. [Die Thronrede, mit welcher heut König Leopold die Session der Kammern eröffnete, lautet: Meine Herren: Ich sehnte mich danach, wieder in Ihrer Mitte zu sein, um an die Nation den Ausdruck des beglückenden Gefühls zu richten, welches mir die glänzenden Beweise von Zuneigung und Ergebenheit erregten, die sie mir aus Anlaß des fünfundsingzigsten Jahrestages der Inauguration meiner Regierung gegeben hat. Diese, durch die patriotische Anregung der Kammern veranlaßten Kundgebungen werden nicht unfruchtbar für das Land gewesen sein; sie stellen es höher in seinen eigenen Augen und ehren es im Auslande. Unstre internationalen Beziehungen verspüren davon den Einfluß; nie trugen dieselben einen wofsvollenderen Charakter. Die Führerschaft, indem sie uns die Wohlthat einer im Allgemeinen reichlichen Ernte gewährte, hat eine große Anzahl von Familien beruhigt, welche die Opfer und Leiden der letzten Jahre schwer geprüft hatten. Nichtsdestoweniger muß die Aufgabe der öffentlichen Ernährung uns auch ferner lebhaft beschäftigen. Die dreijährigen Berichte, welche unter Sie vertheilt worden sind, beweisen die volle Fürsorge meiner Regierung für die Fortschritte des Elementar- und mittleren Unterrichtes. Ein nicht minder großes Interesse knüpft sich für sie an den höheren Unterricht. Die Eröffnung des akademischen Jahres hat ihr kürzlich die Gelegenheit geboten, an die Grundzüge zu erinnern, deren feste und aufrichtige Anwendung die Wohlfahrt der Universitäten des Staates sichern muß. Die Bewegung unserer vaterländischen Literatur hat keinesweges nachgelassen. Die Wissenschaften und die Künste strahlen in gleichem Glanze und erweitern mit jedem Tage ihre nützlichen Anwendungen. Viele Fortschritte können noch durch unsere Landwirthschaft verwirklicht werden. Um dazu beizutragen, wird meine Regierung Ihnen die Revision der Geseßgebung über die Stromregulirungen vorschlagen. Der Gewerbefleiß entlehnt mehr als je der Kunst den Reichtum und die Eleganz ihrer Formen; es ist nothwendig, die gesetzlichen Bürgschaften zu Gunsten des Eigenthums von Fabricatmobelen und Zeichnungen zu vervollständigen. Die kommerzielle Lage ist in ihrer Gesamtheit befriedigend. Ein in Ihrer letzten Session angenommenes Geseß hat die Grundlagen unseres kommerziellen Regime's festgestellt. Ich erwarte von der Weisheit der Kammern, daß die Revision des Zolltarifs in jenem Geiste der Mäßigung und Klugheit fortgesetzt werde, welchen Maßregeln ertheilen, an die sich die bedeutendsten Interessen knüpfen. Ich habe eine Handels- und Schifffahrts-übereinkunft mit Sr. Maj. dem Könige von Griechenland abgeschlossen. Mit anderen Staaten sind Unterhandlungen angeknüpft, um die Bestimmungen der Verträge mit den Grundgesetzen unseres neuen Seesystems in Einklang zu bringen.

Mit Freude spreche ich es aus, daß der Vertrag mehrerer Zweige

des öffentlichen Einkommens zugenommen hat. Ein Gesezentwurf zur Abänderung der gegenwärtigen Geseßgebung über die Patentsteuer wird Ihren Berathungen unterbreitet werden. Die zahlreichen Aenderungen, welche Zeit und Umstände in dem Einkommen bezüglich des unbeweglichen Eigenthums herbeigeführt haben, sind ein Hinderniß der gerechten Vertheilung der Grundsteuer unter die Provinzen, die Gemeinden und die Privaten. Neue katastralische Veranschlagungen sind unerläßlich, um die verhältnismäßige Gleichheit bei Anwendung dieser Steuer herzustellen. Zu diesem Zweck wird Ihnen meine Regierung einen Gesezentwurf vorlegen. Es werden Ihnen Vorschläge gemacht werden, um, in gewissem Maßstabe und auf dauernde Weise die Stellung der unteren Staatsbeamten zu verbessern. Die stufenweise Revision der Strafgesetze geht ihren Gang fort; einige Titel des zweiten Buches des Strafgesetzbuches werden Ihrer Begutachtung überantwortet werden. Der Unterhalt der in die Besserdeposits Eingesperrten wird den Gemeinden sehr beschwerlich. Meine Regierung beschäftigt sich mit den Mitteln, diese Lasten zu erleichtern. Man wird Ihnen Maßregeln zu diesem Zwecke vorschlagen. Meine Regierung legt besondere Wichtigkeit auf den Gesezentwurf über die Wohlthätigkeitsanstalten; ich hoffe, daß er demnächst wird beraten werden können. Unsere Bürgermiltz ergreift eifrig jeden Anlaß, den sie beseeelenden trefflichen Geist kund zu geben. Die Arme ihrerseits hört nicht auf, die ganzen Sympathien des Landes zu verdienen. Gründliche Studien sind angeordnet, um meiner Regierung die nöthigen Elemente zu liefern, damit sie Ihrer Begutachtung die Mittel unterbreiten kann, die großen Interessen der Vertheidigung des Landes mit jenen unseres nationalen Handels und unserer Seemetropole in Einklang zu bringen. Ich empfehle die Lösungen dieser wichtigen Fragen Ihrer einsichtsreichen Vaterlandsliebe. Die vom Staate unternommenen großen Bauten von öffentlichem Nutzen werden thätig fortgesetzt. Dieses Jahr sah neue Verkehrswege sich eröffnen: mehrere Eisenbahnlinien, Straßen- und Kanalabschnitte sind dem Verkehr übergeben worden. So erweitern und vervollständigen sich ohne Unterbrechung die Verbindungen der verschiedenen Theile Belgiens. Meine Herren! Die Gesezentwürfe, deren Vorlegung angefündigt ist, und jene, mit denen die Kammer schon beschäftigt ist, verleihen den Arbeiten der sich eröffnenden Session eine hohe Wichtigkeit. Es ist an Ihnen, sie fruchtbar für die Zukunft des Landes zu machen, indem Sie meiner Regierung einen redlichen und thätigen Beistand gewähren.

Schweiz.

Bern, 9. Novbr. [Die Lage der Neuenburger Angelegenheit und ihre Tragweite; die Wahlen; Verbrechen.] Die Situation wird immer bedenklicher, je näher der Zeitpunkt des Zusammentritts des eidgenössischen Geschworenengerichts zur Beurtheilung des Neuenburger Prozesses rückt, welcher nach den Versicherungen der bundesrätlichen Blätter noch vor Ablauf dieses Jahres erfolgen soll. Denn das wird allgemein gefühlt, daß mit dem Urtheilspruch, welcher vielleicht lebenslängliche Zuchthausstrafe zur Folge hat, jede Verständigung mit Preußen außerordentlich erschwert, wenn nicht ganz unmöglich wird. Die Einstimmigkeit aller europäischen Mächte, diesen leidigen Handel jetzt zu erledigen, macht unsere Staatsmänner bebenlich. Die häufigen Besprechungen des englischen Gesandten mit dem Bundespräsidenten zeigen, mit welcher Dringlichkeit die diplomatischen Verhandlungen jetzt gepflogen werden. Bielefach wird in maßgebenden Kreisen die Frage besprochen, ob die Bundesversammlung kompetent sei, in den Gang der Justiz einzugreifen und vor der richterlichen Beurtheilung des Neuenburger Prozesses eine Amnestirung der Gefangenen beschließen könne. Im Allgemeinen ist man der Ansicht, daß die eidgenössischen Räte das Begnadigungsrecht erst nach gesprochenem Urtheil ausüben, jetzt aber nicht in den Verlauf des Prozesses auf irgend eine Weise eingreifen dürfen. Die Veröffentlichung des Londoner Protokolls über die Neuenburger Frage hat hier übrigens seine Wirkung nicht verfehlt. Die Wortführer der Ansicht, daß der König von Preußen durchaus keine Rechtsansprüche mehr machen könne, sind etwas kleinlauter geworden, seitdem sie in dem erwähnten Aktenstück gelesen haben, daß Preußens Ansprüche auf Neuenburg von Seiten der Großmächte durch einen feierlichen völkerrechtlichen Akt in aller Form garantiert worden sind. Der Umstand, daß diese Garantie erst vor vier Jahren ausgesprochen wurde, zerstört auch die Illusionen, welche aus der Politik der faits accomplis erwachsen. Unter den Okkupationstruppen im Kanton Neuenburg, welche zum Berner Kontingent gehören, herrscht ziemlich Unzufriedenheit über die lange Entfernung von der Heimath. Alle Nachrichten stimmen darin überein, daß viele royalistische Familien, welche beim Aufstand gar nicht theilhaftig waren, durch die militärische Okkupation ruinirt werden. Es wird auch berichtet, daß Herr de Pourtales-Stieger in einem Lokal sich befindet, das nicht geheizt wird. Seine Frau darf nur zweimal wöchentlich ihren Gemahl besuchen und nicht länger als zehn Minuten bei ihm bleiben. — Das Uebergewicht der republikanischen Stimmen bei den neuesten Wahlen in Neuenburg ist nur dem Umstande zuzuschreiben, daß allen seit einem Jahre in Neuenburg wohnenden Ausländern das Stimmrecht eingeräumt ist. Selbst eingeborne Schweizer erhalten sonst das Stimmrecht in verschiedenen Kantonen erst nach ein- und öfter erst nach zwei- und dreijährigem Aufenthalt. In Neuenburg dagegen wird zu- und abgehenden Fremden mehr Recht eingeräumt, als verbündeten Eidgenossen. Mit Spannung sieht man den Wahlen in Genf entgegen. Bekanntlich wurden bei den letzten Wahlen die Bürger, welche nicht für Fazy stimmen wollten, durch organisirte Banden aus dem Wahlgebäude hinausgedrängt, eingeschperrt u. s. w. In Folge davon haben nun sowohl die Konserverativen, als diejenigen Radikalen, welche nicht Anhänger Fazy's sind, öffentlich erklärt, daß sie an den bevorstehenden Großratswahlen keinen Antheil nehmen werden, da man durch Erzeffe die freie Wahl verhindern. — Die Verbrechen am Leben und Eigenthum mehren sich in verschiedenen Kantonen auf bedenkliche Weise. In Genf sind wiederholt auf beschleunigten Spaziergängen unter den Augen der Polizei Fremde beraubt worden. (Fr. Bl.)

Italien.

Rom, 4. Nov. [Manöver.] Das gestrige „Giornale di Roma“ berichtet über das Manöver der neu organisirten päpstlichen Truppen. Der Papst erschien bei demselben, belobte die Offiziere und ertheilte der Armee den päpstlichen Segen. (D. G.) — [Liberliner; Jesuiten.] In der Nähe von Urbino besitzt die Familie Ballanzoni, eine der wohlhabendsten Urbinos, eine große Villa mit Meiereien, wo sie den größten Theil des Jahres zu verleben pflegt. Signor Ballanzoni ist dem päpstlichen Regiment sehr zugethan, während seine Umgebungen gerade dem Gegentheil angehören, und deshalb er nicht gern gesehen. Vor einigen Tagen, als eben die Eingangspforten der Höfe verschlossen waren, erschienen etwa dreißig wohlbewaffnete Malandrini und erzwingen den Eingang ohne Widerstand. Die Stränge der Glocken des Villakirchleins werden abgeschnitten, das für solche Fälle übliche Hülfesignal unmöglich zu machen, und nach Ausstellung von Wachen tritt man in den Saal, wo Signor Ballanzoni, des-

von Arzneiwaaren angeklagt. Derselbe verkaufte im Juni d. J. aus seinem Materialwaaren-Geschäft an eine Magd für 1 Sgr. sogenanntes neuerlei Gewürz, bestehend aus Zimmt, Nelken, engl. Gewürz (Piment) u., und aus Lorbeeren. Nach dem, dem Ministerialerlasse vom 16. September 1836 beigefügten Verzeichnisse B., gehören Lorbeeren zu denjenigen Arzneiwaaren, welche Nicht-Apotheker nicht unter einem Pfunde verkaufen dürfen. Mit Bezug hierauf wurde der Angeklagte des unzulässigen Verkaufs von Apothekerwaaren schuldig erachtet, und nach § 345, 2 Str. G. B. zu 1 Zhr. Geldstrafe und in die Kosten verurtheilt. Bei dieser Gelegenheit möchten die Material- und Droguerie- waarenhändler auf die dem vorgedachten Ministerialerlass beigefügten Verzeichnisse A., B. und C. aufmerksam zu machen sein, da in denselben solche Arzneiwaaren aufgezeichnet sind, welche von Nicht-Apothekern ent weder gar nicht, oder nicht unter einem daselbst bestimmten Gewicht verkauft werden dürfen. — Nachdem die Saalzeit vorüber, werden unsere Wochenmärkte mit Getreide stärker befahren, so daß der vorgestern hier stattgehabte Wochenmarkt einem kleinen Jahrmarkt gleich. Es versteht sich daher von selbst, daß sich in Folge dessen die Getreidepreise drücken müssen. Am gedachten Markttag galt das Viertel (16 Mezen) gesunder Weizen 3 Zhr., und besonders schöne Waare 4 Zhr.; für ausgewachsenen Weizen war nur geringe Kauflust, trotzdem das Viertel mit 2 und auch mit 1 1/2 Zhr. angeboten wurde. Das Viertel Roggen galt 1 1/2 bis 1 3/4 Zhr., Gerste 1 1/2—1 3/4 Zhr., Erbsen 1 1/2—1 3/4 Zhr., Hafer 2 1/2 bis 2 3/4 Sgr., der Scheffel Kartoffeln 15 Sgr., das Schock Stroh 5 Zhr., der Centner Heu 20 Sgr. Da dieses Mal weniger Kraut zu Markt gebracht wurde, und viel Käufer da waren, so wurde das Schock mit 10 Sgr. bezahlt. Gänse, welche in großer Anzahl zum Verkauf gebracht wurden, bezahlte man mit 15—20 Sgr. das Stück, ganz fetter jedoch mit 1 1/2 Zhr. Das Quart Butter kostete 16 Sgr., und nur noch die Eier behaupten sich im Preise, da das Schock noch mit 20—24 Sgr. bezahlt wird. Der Schweinemarkt liegt noch immer wegen der Sperre im Regierungsbezirk Frankfurt danieder, deren Aufhebung für den hiesigen Ort besonders sehr erwünscht wäre. Unsere Schwarzmärkte beschränken sich jetzt meist auf den Detailhandel, und nur selten kommen einzelne Herden Ferkel zum Verkauf. — Sowohl hier als auch in den Städten,

in welchen ich kürzlich zu sein Gelegenheit hatte, ist die Kaufmannschaft darauf gespannt, ob die jetzt in Polen gegründete „kaufmännische Vereinigung“ von nun ab täglich die Produktenberichte und auch Kurzzettel durch Ihre Zeitung veröffentlichen wird (unsererseits sind die nöthigen Schritte dazu gethan; d. Red.). Daß dies von großem Vortheil für das handelsreibende Publikum wäre, liegt klar auf der Hand, da in der Provinz meist nur die Posener Marktberichte maachgebend sind, und bei abzuschließenden Kontrakten zur Richtschnur dienen. P. Pudewitz, 12. Novbr. [Feuer; Auswanderung; Getreidepreise; Postalisches.] Heute schreckte uns Feuerlärm aus dem Schlafe auf. Es brannte das Gebäude des Ackerbürgers Dreger, welcher zugleich eine Bäckerei besitzt, und es ist wohl anzunehmen, daß das Feuer durch Unvorsichtigkeit entstanden ist. Der umsichtigen Leitung des hiesigen Bürgermeisters und Distriktskommissarius, wie der thätkräftigen Unterstützung des Wirtschaftsinpektors aus Polstawies, welcher schnell mit der Spritze auf der Brandstätte erschien, würde es gelungen sein, dem Feuer bald Einhalt zu thun, wenn nicht auf der entgegenge setzten Seite auf eine bis jetzt unerklärliche Weise ein anderes Haus in Brand gerathen wäre, so daß im Ganzen fünf Wohngebäude nebst Stal lungen eingeäschert wurden. Einzelne Familien haben ihre ganze Habe verloren. Zu bedauern ist aber, daß keine einzige Spritze der so nahen Dörfschaften zur Rettung herbeikommt, während wir gewöhnt sind, unsere Stadtspritze mit Löschmannschaften meilenweit zu schicken, wenn Gefahr vorhanden ist. — Am 15. d. Mts. sollen uns die letzten Auswanderer für dieses Jahr verlassen. Leider haben sich in diesem Jahre sehr viele Familien behörden lassen und ihrem Vaterlande den Rücken gekehrt, ungeachtet von zuverlässigen Leuten eben nicht die erfreulichsten Mittheilungen aus dem fernem Lande eingegangen waren. — Unsere Landleute schei nen sich allmählig mit den schlechten Getreidepreisen, wie sie zu sagen pflegen, bestreunden zu wollen, denn auf dem letzten Wochenmarkt wurde viel Getreide zum Verkauf angeboten. Der gute Weizen wurde mit 3—3 1/2 Zhr. pro Viertel (18 Mezen) verkauft. Roggen erreichte die Höhe von 1 1/2—2 Zhr. und Hafer 22—25 Sgr. — Was wir gewünscht haben, ist in Erfüllung gegangen. Außer einer täglichen Botenpost haben wir seit einigen Tagen auch eine tägliche Personenpost erhalten, welche

uns mit Kastrzyn in Verbindung setzt, so daß wir jetzt die Post bequem nach Schroda und Posen benutzen können. Wird erst das Publikum von dieser Einrichtung die gehörige Kenntniß erhalten, so zweifeln wir auch nicht, daß die Post gut frequentirt werden wird. Angekommene Fremde. Vom 14. November. BAZAR. Fräul. v. Zuchlinska aus Brzostowice; die Gutsbesitzer v. Mi foresti aus Byganowo und v. Bronikowski aus Wilkowo. MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Kaufmann Schars aus Seltin; Holzhandler Kutscher aus Hamburg; Postmeister Schüller aus Breslau; die Gutsbesitzer v. Dojanowski aus Matpin und v. Wilkowi aus Werka. RUSCH'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Wünsche aus Leipzig, Lesser aus Starogard, Lindemann aus Küstrin und v. Brön aus Berlin. SCHWARZER ADLER. Die Invektoren Gabe aus Strakobow u. Schulz aus Warka; Glasfabrikbesitzer Mittelstädt aus Garlsdorf; die Gutsb. Orjenski aus Neuhäusen, Lüdemann aus Egliszewo, v. Jasnost aus Michaleza und Jortich aus Gerleino. HOTEL DU NORD. Gutsb. v. Godlinowski aus Staffowo u. Kaufmann Wein aus Berlin. GOLDENE GANS. Gärtner Switalski aus Groß-Peg und Delonow Jenise aus Goltow. HOTEL DE BERLIN. Gutsb. Krüger aus Wosa; Frau Gutsb. Vin schow aus Bartels; Rentier v. Stablewski aus Krakau; Ober ammann Vater aus Polstawies; Wirtschaftsinpektors Schuler aus Jastrzebnik; die Kaufleute Landberg aus Breslau und Dajstewicz aus Wreschen. HOTEL DE PARIS. Kaufmann Dryzowski aus Wilkowitz; Gutsbesitzer Sohn v. Swinarski und die Gutsb. v. Domanski aus Kockaszyn, v. Djezalsti aus Godejewo, v. Soeliski aus Alpari, Zlotnicki aus Gonic, v. Baranowski aus Gwiazdowo, Heiderodt aus Sptawie, Hubert aus Gurowo und v. Biakowski aus Walskowo; die Gutsbesitzer v. Suchorzewski aus Wyszemborz und v. Markiewicz aus Starogard. EICHBORN'S HOTEL. Die Kaufleute Cohn aus Pleschen und Hirschfeld aus Neustadt b. P. GROSSE EICHE. Defonomen Franz Krzewska aus Gmichen. KRUG'S HOTEL. Kaufmann Gräbe aus Neumarkt; Ober-Telegraphist Wisel aus Lissa und Handelsmann Weber aus Kalwaffer. Breslauer Gasthof. Glasfabrikbesitzer Schuler aus Kaiserwalde.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Auffündigung
von Rentenbriefen der Provinz Posen.
Mit Hinweisung auf die Vorschriften des Rentenbankgesetzes vom 2. März 1850 §. 41 seq. werden die Inhaber von Rentenbriefen der Provinz Posen hierdurch in Kenntniß gesetzt, daß bei der heutigen vorchriftsmäßig erfolgten Auslösung der zum 1. April 1857 einzulösenden Rentenbriefe nachstehende Nummern gezogen worden sind:
Litt. A. à 1000 Thlr.
221. 389. 859. 985. 1475. 1630. 1706. 1851. 2218. 2327. 2444. 2580. 3003. 3123. 4112. 4219. 4821. 5156. 5708. 6078. 6101. 6462. 6681. 7057.
Litt. B. à 500 Thlr.
408. 751. 891. 1193. 1286. 1372. 1463.
Litt. C. à 100 Thlr.
288. 362. 456. 542. 1306. 1590. 1692. 1751. 2396. 2768. 2806. 2915. 3391. 3811. 3868. 4427. 4526. 4760. 5888. 5968. 6006. 6032. 6104. 6467. 6626.
Litt. D. à 25 Thlr.
135. 375. 749. 941. 1173. 1360. 1550. 1641. 2425. 2734. 3013. 3347. 3390. 3628. 3795. 4362. 4586. 4604. 4624. 4652.
Litt. E. à 10 Thlr.
100. 202. 351. 508. 576. 973. 1020. 1167. 1421. 1657. 1981. 2459. 2714. 2760. 3178. 3197. 3222. 3582. 3815. 3898. 4176. 4368. 4574. 4588. 4734. 5306. 5307. 5360. 5803. 5842. 5863. 5912. 5952. 5966.
Indem wir diese Rentenbriefe hiermit kündigen, fordern wir deren Inhaber auf, die Baarzahlung des Rentenwertes der obigen Rentenbriefe gegen Zurücklieferung derselben in kourzfähigem Zustande und der dazu gehörigen, noch nicht fälligen Coupons Serie I. Nr. 14 bis 16 in termino den 1. April 1857 auf unserer Kasse in Empfang zu nehmen.
Dies kann, so weit die Bestände unserer Kasse ausreichen, auch schon von jetzt ab geschehen, alsdann jedoch nur gegen Abzug von 4 pCt. Zinsen vom Zahlungs- bis zum gedachten Verfalltage.
Unsere Kasse kann sich jedoch, Privaten gegenüber, auf eine Ueberfindung der Valuta gegen schriftliche Ueberreichung der Rentenbriefe nicht einlassen, da Quittung über den Empfang der Valuta zu leisten ist und diese Zug um Zug nur auf der Kasse ausgestellt werden kann.
Gleichzeitig werden die Inhaber folgender, bereits früher ausgeloster und gekündigter Posener Rentenbriefe, von welchen fällig gewesen sind:
Zum 1. April 1852. Litt. D. à 25 Zhr. Nr. 245.
Zum 1. Oktober 1852. Litt. C. à 100 Zhr. Nr. 1545. Litt. E. à 10 Zhr. Nr. 270 u. 938.
Zum 1. April 1853. Litt. A. à 1000 Zhr. Nr. 1708. Litt. D. à 25 Zhr. Nr. 1228.
Zum 1. Oktober 1853. Litt. B. à 500 Zhr. Nr. 534. Litt. C. à 100 Zhr. Nr. 512. Litt. D. à 25 Zhr. Nr. 829. Litt. E. à 10 Zhr. Nr. 493 und 669.
Zum 1. April 1854. Litt. C. à 100 Zhr. Nr. 278 und 1587. Litt. D. à 25 Zhr. Nr. 132 und 1167. Litt. E. à 10 Zhr. Nr. 172. 1530. 1587 und 1625.
Zum 1. Oktober 1854. Litt. A. à 1000 Zhr. Nr. 1702. Litt. B. à 500 Zhr. Nr. 1659. Litt. C. à 100 Zhr. Nr. 4655. Litt. D. à 25

Zhr. Nr. 5. 209 und 456. Litt. E. à 10 Zhr. Nr. 1706 und 1917.
wiederholt aufgefordert, den Nominalwerth derselben nach Abzug des Betrages der inzwischen etwa zur Ungebühr eingelösten Coupons, auf unserer Kasse zur Vermeidung weiteren Zinsverlustes und künftiger Verzögerung unverweilt in Empfang zu nehmen.
Posen, den 14. November 1856.
Königliche Direktion der Rentenbank für die Provinz Posen.
Bekanntmachung.
Die Abfuhr der gefüllten Rothwagen und Urin tonnen aus den Latrinen und Urinicanstalten, die Ausleerung der Rothgruben, die Ueberlassung des alten und die Anfuhr des frischen Lagerfroh's bei den sämtlichen Garnisonanstalten hieselbst, soll für das Jahr 1857 in mehreren Abtheilungen im Wege der öffentlichen Lizitation anderweitig verdingen werden. Hierzu haben wir auf Montag den 24. d. M., Vormittags 9 Uhr, in unserem Geschäftsfokal im Intendantenlurgebäude am Berlinerthore einen Termin anberaumt, zu welchem kautionsfähige Unternehmer mit dem Bemerken eingeladen werden, daß die diesem Verding zum Grunde liegenden Bedingungen an den Wochentagen in den üblichen Geschäftsstunden bei uns eingesehen werden können.
Posen, den 14. November 1856.
Königliche Garnison-Verwaltung.
Bekanntmachung.
Am 18. November d. J. Vormittags 11 Uhr wird im Geschäfts-Lokal des hiesigen Garnison-Lagerthors der Bedarf an Viktualien und Getränken für die Kranken pro 1857 durch Submission vergeben. Die Uebersicht des muthmaßlichen Bedarfs und die Bedingungen sind täglich von 8—12 Uhr Vormittags bei uns einzusehen.
Kautionsfähige Unternehmer, welche hierauf reflektiren wollen, haben ihre Offerten am 18. November Vormittags bis 11 Uhr versiegelt und bezeichnet „Lieferungs-Offerte“ im Geschäfts-Lokal einzureichen. Posen, den 6. November 1856.
Die Lagerthor-Kommission.
Bekanntmachung.
Im Auftrage der königlichen Regierung zu Posen wird das unterzeichnete Landratsamt, und zwar in dessen Amtsfokal, Berlinerstraße Nr. 34, zwei Treppen hoch, am Freitag den 28. November d. J. um 3 Uhr Nachmittags, die Chausseegeld-Erhebung der Hebestelle zu Franowo auf der Posen-Schrimm-Kroisofiner Provinzial-Chaussee an den Meistbietenden mit Vorbehalt des höheren Zuschlages vom 1. Januar 1857 ab bis 1. Januar 1860 zur Pacht ausstellen.
Nur dispositionsfähige Personen, welche vorher mindestens 200 Zhr. baar, oder in annehmblichen Staatspapieren in der königl. Kreiskasse hieselbst niedergelegt haben, werden zum Bieten zugelassen.
Die Pachbedingungen können in der landrätlichen Registratur von heute ab während der Dienststunden eingesehen werden.
Posen, den 4. November 1856.
Königliches Landrats-Amt.
An unserer Realschule ist eine Oberlehrer-Stelle, mit welcher ein Gehalt von 750 Zhrn. jährlich verbunden ist, erledigt.
Philologisch gebildete evangelische Lehrer, welche

die Befähigung besitzen, den Religions-Unterricht durch alle Klassen zu ertheilen und sich um die Stelle bewerben wollen, werden hiermit aufgefordert, uns ihre Gesuche binnen 4 Wochen einzureichen und denselben zugleich beizufügen:
1) das Zeugniß pro facultate docendi,
2) das Curriculum vitae,
3) die Zeugnisse über die bisherige amtliche Wirksamkeit.
Posen, den 3. November 1856.
Der Magistrat.
Defentliche Vorladung.
Der Leinwandhändler Johann Gottlieb Pohl, geboren den 15. Februar 1799, hat sich vor 30 Jahren von seinem Wohnorte Budezyn entfernt und seitdem keine Nachricht von sich gegeben. Er wird daher nebst seinen etwa zurückgelassenen unbekanntem Erben hierdurch vorgeladen, sich binnen 9 Monaten, und spätestens am 10. September 1857 Vormittags 11 Uhr an hiesiger Gerichtsstelle persönlich oder schriftlich zu melden, widrigenfalls er für todt erklärt und sein Vermögen den sich legitimirenden Erben überwiesen wird.
Schneidemühl, den 18. Juli 1856.
Königliches Kreisgericht, I. Abtheilung.
Bekanntmachung.
Im Auftrage der königlichen Regierung zu Posen wird das unterzeichnete Direktorium der Bräb-Pinner Chausseebau-Gesellschaft, und zwar in dem Magistrats-Bureau zu Neu-Tirschtiegel, am 3. Dezember 1856 um 10 Uhr Vormittags die Chausseegeld-Erhebung der Hebestelle zwischen Pinne und Neustadt b. P. an den Meistbietenden, mit Vorbehalt des Zuschlages der königlichen Regierung zu Posen, vom 1. Januar 1857 bis zum 1. Januar 1860 zur Pacht ausstellen. Nur dispositionsfähige Personen, welche vorher mindestens 100 Zhr. baar oder in annehmblichen Staats-Papieren bei dem unterzeichneten Direktorium zur Sicherheit niedergelegt haben, werden zum Bieten zugelassen. Die Pachbedingungen können von heute ab während der Dienststunden im Magistrats-Bureau zu Neu-Tirschtiegel eingesehen werden.
Tirschtiegel, den 10. November 1856.
Das Direktorium der Bräb-Pinner Chausseebau-Gesellschaft.
Wende.
Bekanntmachung.
Zum öffentlich meistbietenden Verkauf von Holz aus der Oberförsterei Mosch in stehen folgende Termine an:
1) am 1. Dezbr. c. Vorm. 10 Uhr im Forstj. zu Brzednia,
2) - 5. - - - - 10 - - - - - Buszchowo,
3) - 6. - - - - 10 - - - - - Chomeneche,
4) - 10. - - - - 10 - - - - - Krachowo,
5) - 11. - - - - 10 - - - - - Grzybno,
6) - 12. - - - - 10 - - - - - Moschin.
Forsthaus Ludwigsberg, den 12. November 1856.
Der Königl. Oberförster Schulz.
In einer Stadt des Kreises Kosten, durch welche im künftigen Jahre eine Chaussee durchgeführt wird, ist ein am Markt belegener frequenter Gasthof mit 75 Morgen Acker aus freier Hand sofort zu verkaufen. Nähere Auskunft ertheilt auf francirte Briefe der Bürgermeister in Wielichowo.

Homöopathische Behandlung
langwieriger innerer und äußerer Krankheiten durch Brief. Arme unentgeltlich.
Dr. J. Loewenstein,
homöopathischer Arzt zu Schwetz.
An Magenkrampf und Verdauungsschwäche u. Leidende theilt über das bewährte Dr. Böck'sche Heilmittel auf francirte Anfragen Näheres mit die hinterbliebene Familie des weiland Dr. med. Böck zu Banstorf im Königreich Hannover.
Im Glinnoer Walde, 1 1/2 Meile von Posen, werden trockene Eichen-, Birken-, Erlen- und Kiefern-Brennhölzer durch den Förster Grieger zu billigen Preisen verkauft.
Holz-Verkauf.
In der **Szelejewer Forst** bei den Städten Gostyn und Kröben wird trockenes Buchen- und Birken-Noblenholz billig verkauft.
Im Neclaer Walde, 1 1/2 Meile von Kastrzyn und 1 Meile von Wreschen, werden alle Gattungen Bau- und trockene Brennholzer durch den Förster **Carl Biecke** zu herabgelegten Preisen verkauft.
Im Czerniejewoer Walde unweit Bierzychce werden alle Sorten Bau- und trockene Brennholzer durch den Förster **Carl Biecke** zu billigen Preisen verkauft.
Beste oberschlesische Steinkohlen, beste englische Rußkohlen, besten englischen Coaks offeriren billigst
D. L. Lubenau Wwe. & Sohn.
Gesunde feine und reichwollige **Vöcke** stehen zum Verkauf in **Klein-Sokolniki** bei Samter.
Vollblut-Vöcke.
Am 24. November c. beginnt der **Vöck**-Verkauf in der reinblütigen, gesunden Merino-Stammherde zu **Prauß**, Kreis Rimpisch. Es sind wieder kräftige, reichwollige 2 1/2- und 3-jährige Thiere aufgestellt, für deren prägnante Vereerbung gebürgt werden kann.
Güter-Direktion Prauß, am 12. Novbr. 1856.
Große Rügenwalder Gänsebrüste und große **Sülzkeulen** empfangen
W. F. Meyer & Comp.
Rügenwalder Gänsebrüste, wie auch pommerische Wurst empfiehlt **Wittwe A. Grau, Breiterstr. 10.**
Nr. 9. **Nr. 9.**
Spielzeug-Ausverkauf.
Mein seit einer Reihe von Jahren bestehendes Spielzeug-Lager beabsichtige ich bis Weihnachten gänzlich auszuverkaufen, und sind die Preise von heute ab bedeutend heruntergesetzt. Besonders empfehlenswerth für Wiederverkäufer, denen jetzt noch bei großer Auswahl sehr vortheilhafter Einkauf geboten wird.
S. R. Kantorowicz,
Wilhelmstraße Nr. 9.

